

„Der Rote Seehas“



**Internetzeitung von und für Sozialdemokraten,
Verbände und Privatpersonen aus der
internationalen Bodenseeregion**



Europa

Editorial

Europa, reduziert auf Banken- und Schuldenkrise, kann nicht gelingen. Dazu ist es zu vielfältig. Das offizielle Motto: „*In Vielfalt geeint*“ wird allzu häufig vergessen. Die Europäische Union ist eben kein Schönwetterclub: **Solidarität**, ein typisch sozialdemokratisches Motto, ist eben auch unerlässlich auf dem Weg zur politischen Union.

Beim ersten „Europa-Stammtisch“ der SPD im Bodenseekreis mussten wir schnell feststellen, dass es gar nicht so einfach ist, einen gemeinsamen Ansatz für zukünftige Arbeit mit dem

Ziel zu finden, das zukünftige Europa mitzugestalten.

Relativ schnell einigte man sich auf das Ziel: „**Vereinigte Staaten von Europa**“. Dabei war man sich einig, dass dies nicht die Kopie der USA bedeuten sollte.

Weitere Runden werden nötig sein, gemeinsam mit anderen regionalen sozialdemokratischen Zusammenschlüssen zu gemeinsamer Arbeit zu finden.

Große Chancen bietet hier in der **Euregio Bodensee** mit GenossInnen aus Österreich und der Schweiz zusammen zu arbeiten.

Karl-Heinz König

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
- Europapolitik – ein Mauerblümchen in der alltäglichen Parteiarbeit	2
- Brief an den Landrat Bodenseekreis 1	2 - 3
- Brief an den Landrat Bodenseekreis 2	3
- Brief an Peter Simon, MdEP	4
- Antwort von Peter Simon	4 - 7
- Gastkommentar für die Europaausgabe des Roten Seehas von Evelyn Gebhardt, MdEP	7 - 10
- Kommentar zu Wolfram Klaars Aufruf	10 - 11
- Antwort Wolfram Klaars zu obiger Mail	11 - 12
- "Her mit der Quote für Aufsichtsräte und Vorstände" - "Intransparente Derivate endlich an die Leine gelegt"	12 - 13
- "Mehr direkte Demokratie - Bürgerinnen und Bürger können Europa aktiv mitgestalten" - „Europa hier bei mir“	13 - 14
- „Juvenes Translatores“ - Eine "alternative Troika" für Griechenland	14 - 15
- Debatte verschoben	15
- Europa-Wissen: Sprachen	15
- Israel – Naher Osten – und doch auch europäisch? - Eine Februar-Reise in den Nahen Osten (Teil I) - Bethlehem	16-18
- Eine Nahostreise Teil II - Stadt Jerusalem	18-20
- Shelly Achimowitsch, neue Vorsitzende der Sozialdemokraten in Israel	20
- Die Symbole der EU	20
- Impressum	21

Europapolitik – ein Mauerblümchen in der alltäglichen Parteiarbeit

Bei der letzten Sitzung des Kreisvorstandes der SPD Bodenseekreis setzte man sich intensiv mit einem Papier des Uhdinger SPD-Vorsitzenden Wolfram Klaar auseinander. Ihn beunruhigt die magere Bedeutung des Europa-Dossiers in der regionalen SPD. Da ist man in einigen badischen SPD-Untergliederungen weitaus aktiver, da gibt es eigene Arbeitskreise, die sich wiederholt zu aktuellen europäischen Themen treffen und ergänzende Aktivitäten dazu entfalten. Der SPD-Kreisvorstand unterstützt die Initiative des Genossen Klaar. Sicher, Europa ist nicht alles, aber ohne Europa? Zwei Drittel der Rechtsnormen und Gesetze (in der deutschen Gesetzgebung) kommen nicht ursprünglich aus innerdeutschen gesetzgebenden Organen, sondern eben aus der Europäischen Union! Und wehe. Es gelingt uns nicht, Griechenland vor dem endgültigen Verfall zu retten. Dann sind Portugal und Spanien dran, und dann? Dann muss der deutsche, der französische, der österreichische, der Luxemburger Steuerzahler tatsächlich aufkommen für

die Lösung der Schuldenkrise. Was ist dann los mit der Parteien- und Parlamentsdemokratie in Mitteleuropa? Gott bewahre! Leider ist es nicht gelungen, neben ein paar klugen Gedanken auch ein Konzept zu beschließen, wie man am Bodensee die Europadebatte in der öffentlichen Meinung und bei den Mitbürger/innen vorbringen kann. Ein solches Konzept steht und fällt bei der Frage, ob sich genügend Aktive da und dort finden, die immer wieder für neue Initiativen und Aktionen sorgen. Und da sieht es nicht gut aus.

Übrigens: Am 9. Mai ist wieder Europatag, in fast jeder Gemeinde gibt es grenzüberschreitende Partnerschaften, die kaum mehr Beachtung finden (Ausnahme Friedrichshafen), und die nächste Wahl des Europäischen Parlaments ist im Juni 2014. Die Lindauer SPD lädt im Mai wieder zu ihrem Europafest ein, und vielleicht kommt es dieses Jahr am 1. Mai zu mehr Kundgebungen unter internationaler Redner-Beteiligung. Das ist bei der Sitzung der Bodensee-Internationale (SBI) am 1. Februar in Friedrichshafen jedenfalls so angeregt worden. Es geht dabei vor allem um die 1. Mai-Kundgebungen in Bregenz und in Lindau.

W. Bernhard

Willi Bernhard
Rosenstr.36
88074 Meckenbeuren

9. April 2012

**Herrn
Landrat
Lothar Wölfle
Landratsamt Bodenseekreis
Glärnischstr.1-3
88045 Friedrichshafen**

Sehr geehrter Herr Landrat,

Nach zwei Gesprächen mit Herrn Bürgermeister Müller, Langenargen, dem Vorsitzenden der Europaunion im Bodenseekreis, möchte ich einen Appell an Sie richten zu einem Aufruf für ein geeintes Europa anlässlich des Europatages am 9. Mai.

Die Umfragewerte bei der Bevölkerung zum Thema „Europapolitik“ gehen weiter in den Keller, wären die Europawahlen nicht mit dem Termin der Kommunalwahlen (in Baden-Württemberg) verbunden, würden vielleicht noch 12 Prozent der Wahlberechtigten an die Wahlurne treten. Viele Mitbürger/-innen in unserem Landkreis genießen zwar die Errungenschaften der europäischen Einigung und des Schengener

Abkommens in den vergangenen Jahrzehnten, sie haben aber keine Vorstellung davon, welche Entwicklung im globalen Maßstab eintreten würde, wenn wir etwa die D-Mark wieder einführen und die Europa-Lokomotive (das Paket vieler europäischer Richtlinien und Subventionen) vom Gleis nehmen würden.

Eine Sondersitzung des Kreistages aus Anlass des Europatages (oder an einem Termin im zeitlichen Umfeld) wäre zwar eine sinnvolle Aktion, um auf die hohe Bedeutung der Europäischen Zusammenarbeit aufmerksam zu machen. Dies lässt sich aus Ihrer Einschätzung heraus wohl nicht organisieren vor dem Hintergrund des engen Zeitkorsetts der regulären Kreistagssitzungen im laufenden Kalenderjahr. Sie könnten stattdessen Bürger/innen aus dem Bodenseekreis einladen, die anlässlich eines Pressetermins im Landratsamt über ihre Erfahrungen aus der Europapolitik berichten, als Unternehmer, als Studierende an einer ausländischen Universität, als Vertreter eines lokalen Städtepartnerschaftsausschusses, als Kulturschaffender, als Landwirt(!) usw.

Darüber hinaus wäre ein öffentlicher Aufruf an die Kreisgemeinden, an die Unternehmen und Vereine, an die Schulen und Verbände im Bodenseekreis anzuregen, in dem der Landrat des Bodenseekreises daran erinnert, dass die Nachkriegsgeschichte und die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und Baden-Württembergs ohne den Rahmen der Europapolitik kaum so erfolgreich verlaufen wäre, von der Frage Krieg oder Frieden einmal ganz abgesehen.

Wir haben eine Bringschuld gegenüber dem Europagedanken, so sehr uns manche Entschlüsse der EU-Kommission oder des EU-Rates etwas ratlos machen, aber es sind eben oft Kompromisse aus unterschiedlichen Interessen einzelner Staaten oder einzelner Wirtschaftsbranchen zur Handelserleichterung im Europäischen Binnenmarkt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Willi Bernhard

Dr. Wolfram Klaar
Im Öschle 16
88690 Uhdlingen-Mühlhofen

An den
Landrat des Bodenseekreises
Herrn Lothar Wölfl
Über Herrn Robert Schwarz

Flaggen zum Europatag

Uhdlingen-Mühlhofen, 11.4.2012

Sehr geehrter Herr Landrat,

am 9. Mai ist wieder Europatag. Als Bürger des Landkreises und engagierter Europäer beobachte ich mit wachsendem Missbehagen und großer Sorge, dass die Idee eines Vereinten Europa, die für mich und meine ganze Generation die politische Vision schlechthin ist, mehr und mehr in Misskredit und Vergessenheit gerät. Das Erreichte wird als Selbstverständlichkeit empfunden und kaum noch verteidigt, Fehlentwicklungen werden für nationalistisch-populistische Zwecke ausgeschlachtet, und das große Ziel des politisch vereinten Kontinents wird von den rechten Populisten schlechtgeredet. Wir alle, gewiss auch Sie, wollen das nicht.

Wie ich der Website des Bodenseekreises entnommen habe, haben Sie als Landrat 2009, - es war das Jahr der letzten Wahl zum Europäischen Parlament, - sich mit einer größeren PR-Aktion für Europa engagiert: Es gab damals eine Europa-Beauftragte und eine Woche lang eine „Europa-Informationsinsel“ im Foyer des Landratsamts, letzteres sicherlich eine Aktion, die einigen Aufwand bedingte und nicht beliebig wiederholbar ist.

Mein Anliegen an Sie, sehr geehrter Herr Landrat, ist wesentlich einfacher. Es geht mir ums Flaggezeigen für Europa. Die Europaflagge vor dem Landratsamt in Verbindung mit möglichst vielen solcher Flaggen vor den Rathäusern des Kreises wäre ein beachtliches Zeichen dafür, dass wir Europa nicht vergessen haben, sondern uns dazu bekennen und dafür öffentlich eintreten. Ich richte deswegen die Bitte an Sie, dem Europatag zu seinem Recht zu verhelfen und nicht nur vor dem Landratsamt für Europa flaggen zu lassen, sondern auch die Bürgermeister des Kreises dafür zu gewinnen, vor unseren Rathäusern das Gleiche zu tun. Eine kleine Mitteilung von Ihnen an die Presse dazu wäre gewiss auch hilfreich.

Man könnte natürlich auch versuchen, das Flaggen über Kreistags- und Gemeinderats-Beschlüsse zustande zu bringen. Daher habe ich an einige mir zugängliche Räte auch diesbezügliche Schreiben gerichtet. Es erscheint mir jedoch angesichts der Terminlage zu aufwändig und zeitraubend. Deswegen hoffe ich ganz besonders auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfram Klaar

Brief an Peter Simon, MdEP

Lieber Peter Simon,

leider hatte ich noch keine Gelegenheit Dich persönlich zu treffen. Neulich, bei Deiner Veranstaltung in Salem, hier ganz in der Nähe, wäre ich gerne dabei gewesen, doch wegen deren kurzfristiger Ankündigung und eines eigenen Termins, den ich nicht mehr schieben konnte, ging es dann leider nicht.

So kenne ich Dich also nur aus Deinen vielen PMs, die ich hier im OV verteile, und den eben so vielen Wahlplakaten, die wir seinerzeit hier im Ort für Dich auf- und wieder abgehängt haben.

Ich habe im SPD-Kreisverband Bodensee vor ein paar Wochen, es war Mitte November, ein Papier in Umlauf gebracht, das wir diskutieren wollen, um für uns selbst herauszufinden, was wir als Bürger und SPD-Mitglieder von unten tun können und sollten, um diesen unerträglich langsamen europäischen Einigungsprozess aus der akuten Gefahrenzone heraus und ein wenig schneller voran zu bringen. Der Ansatz, der mir dazu eingefallen ist, kann nur funktionieren, wenn es gelingt, europaweit ausreichend viele Menschen zur aktiven Teilnahme zu bewegen. Zu beurteilen, ob das gelingen kann, ist aus meiner Froschperspektive kaum möglich. Deswegen wäre ich an Deiner Meinung dazu sehr interessiert. Aber vielleicht ist es sowieso besser zu handeln als über den möglichen Erfolg zu spekulieren. Dennoch wüsste ich gerne Deine Meinung dazu. Auch ein Stimmungsbild Deiner Europäischen Fraktionskollegen wäre von großem Interesse. Und Unterstützung braucht die Sache sowieso von allen Seiten.

Deiner Antwort sehen ich und viele andere hier am Bodensee mit großem Interesse entgegen.

Herzliche Grüße vom Kreisverband Bodensee
26.12.2011

Wolfram Klaar

Antwort von Peter Simon:

Lieber Wolfram,

herzlichen Dank für Deine Mail und für die Weiterleitung meiner Pressemitteilungen. Wie Du halte ich es für sehr wichtig, dass der europäische Einigungsprozess von vielen Menschen getragen wird. Ich bin der Auffassung, dass nur gemeinsame europäische Lösungen einen

Ausweg aus der derzeitigen Krise in Europa aufzeigen und zukünftige Krise verhindern können.

Europa befindet sich derzeit am Scheideweg. Ich denke in jedem Fall, die gegenwärtige Krise kann eine Chance sein – eine Chance für eine stärkere Zusammenarbeit in Europa und für weitere Schritte im europäischen Einigungsprozess. Denn wenn wir weiter mitreden wollen in der Welt, dann geht das nur gemeinsam.

Das Europäische Parlament hat als Reaktion auf die Krise gehandelt und Regeln zur Regulierung der Finanzmärkte beschlossen. In vielen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik wäre die sozialdemokratische Fraktion noch deutlich über das bisher Erreichte hinausgegangen. Leider scheiterten entsprechende Forderungen wiederholt am Widerstand der konservativ-liberalen Mehrheit. Wenn wir aber Binnenmarkt und Euro sichern wollen, müssen wir jetzt den Weg frei machen für eine europäische Wirtschaftsregierung. Ein „Mehr“ an Europa werden die Menschen aber nur dann akzeptieren, wenn es mit einem Mehr an demokratischer Verantwortung einhergeht. Wir brauchen starke und handlungsfähige Gemeinschaftsinstitutionen, deren demokratische Legitimation nicht in Frage steht. Entscheidungen der Mitgliedstaaten (z.B. zur europäischen Wirtschaftspolitik) müssen unter Einbeziehung der nationalen Parlamente der demokratischen Kontrolle des EU-Parlaments unterstehen.

Die Bürgerbeteiligung gehört ganz ohne Zweifel zum Kernbestand einer Demokratie. Und die Europäische Union braucht politisch aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen und durch mehr Partizipation der EU einen höheren Stellenwert und größere Legitimität verschaffen. Eine europäische Bürgergesellschaft ist bislang aber bestenfalls in Ansätzen erkennbar. Demokratie in Europa neu denken meint sicherlich in jedem Fall: Partizipationsmöglichkeiten (auch digital) auszubauen und innerparteiliche Demokratie intelligent zu gestalten.

Wichtig ist auch, dass Parteien regelmäßig über europapolitische Themen informieren, sei es in Wahlprogrammen, im Internet, an Informationsständen, im Rahmen von Veranstaltungen oder an Schulen. Ich halte z.B. Projekte wie Planspiele zu Europa (z. B. zur Entstehung europäischer Gesetze), wie sie oft an Schulen durchgeführt werden, für eine großartige Idee,

um Menschen schon frühzeitig für Europa zu sensibilisieren. So gibt es beispielsweise Projekte, bei denen Schülerinnen und Schüler aus ganz Europa in einen Dialog über europäische Zukunftsthemen treten und on- und offline ihr eigenes politisches Programm erarbeiten, das sie anschließend den Politikern überreichen und mit ihnen diskutieren. Oder es werden Entscheidungsstrukturen und politische Prozesse simuliert, wobei für die Teilnehmenden die Erfahrungs- und Handlungsorientierung im Mittelpunkt des Lernens stehen. Gerade die intensive Auseinandersetzung mit einer bestimmten Rolle verschafft den Teilnehmenden tiefgehenden Einblick in politische und gesellschaftliche Prozesse. Auch die Kommission plant jedes Jahr einen Europatag an Schulen, an dem Abgeordnete oder Vertreter europäischer Institutionen Schulen besuchen. Für einige Stunden nehmen die Schülerinnen und Schüler hier die Rolle eines Mitglieds der EU-Kommission oder des Europäischen Parlaments ein und debattieren über europapolitische Themen.

Die Europäische Union unterstützt außerdem in einer Reihe von Programmen den Austausch zwischen Schülern, Studenten und Lehrkräften. EU-Bürgerinnen und Bürger haben so die Möglichkeit, in jedem Mitgliedsland der EU zu studieren, sich beruflich zu bilden oder zu forschen. Die europäischen Bildungsprogramme helfen dabei, weiterführende Auslandserfahrungen zu sammeln. Für die europäische Verständigung halte ich diese Programme für sehr bedeutend. Ihre Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung hat die Europäische Union unter einem Dach, dem Programm für lebenslanges Lernen, zusammengefasst. (http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc78_de.htm).

Das Programm für lebenslanges Lernen besteht aus vier Einzelprogrammen:

- **Comenius** unterstützt den Austausch von Lehrkräften und Schülern in allgemeinbildenden Schulen im Rahmen von Schulpartnerschaften und die Verbesserung der schulischen Bildung.
- mit Unterstützung des **Erasmus-Programms** können Studierende, Dozenten und Hochschulmitarbeiter eine Zeit an einer Hochschule in einem anderen europäischen Land verbringen.
- **Leonard da Vinci** ermöglicht es Auszubildenden und Berufstätigen, durch

einen Auslandsaufenthalt ihre Kompetenzen zu verbessern.

- **Grundtvig** unterstützt durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit die Qualität der Erwachsenenbildung.

Im Zusammenhang mit Auslandsaufenthalten ist „Eurodesk“ ein europäisches Informationsnetzwerk mit Stellen in 30 Ländern. In Baden-Württemberg ist es mit drei lokalen Beratungsstellen vertreten (Bad Liebenzell, Stuttgart und Ravensburg). Eurodesk bietet Informationen zu Auslandsaufenthalten und internationalen Begegnungen für junge Leute wie Freizeiten, Schulaufenthalte und Freiwilligendienste.

Die Menschen in Europa müssen natürlich zudem auch wissen, welche offiziellen Partizipationsmöglichkeiten in der EU bestehen. Partizipation in der EU kann hierbei verschiedene Dimensionen und Zielrichtungen haben:

- Sie besteht zunächst in der Wahrnehmung der allgemeinen Informationsrechte der EU-Bürgerinnen und Bürgern. Dies wird vor allem durch den [Zugang zu den Dokumenten](#) des Entscheidungsverfahrens der EU-Organen gewährleistet. Diese finden sich im Internet. Die Sitzungen aller Ausschüsse des Europäischen Parlaments sind öffentlich und auf der Internetseite des Europäischen Parlaments im Lifestream zu sehen. Da der Gesetzgebungsprozess für die Öffentlichkeit durchschaubar sein muss, tagt nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch der Rat öffentlich, wenn er EU-Recht beschließt. Auch Sitzungen des Rates werden dann live im Internet übertragen (www.video.consilium.europa.eu).
- Sie kann in der Abwehr rechtswidriger Maßnahmen oder schlechter Verwaltungspraxis bestehen (Beschwerden an den [Bürgerombudsmann](#), [Individualklagen](#) vor dem Europäischen Gerichtshof).
- Sie kann versuchen, über den [Petitionsausschuss](#) des Europäischen Parlaments die Meinungsbildung im EP zu beeinflussen. (Adresse: Europäisches Parlament Petitionsausschuss – Sekretariat Rue Wiertz, B-1047 Brüssel)

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public>

- Sie kann über den Dialog mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments erfolgen, z.B. über gemeinsam geplante Veranstaltungen.
- Im Zuge der Vorarbeiten für ihre Vorschläge führt die EU-Kommission umfangreiche Anhörungen durch. Dadurch will die Kommission gewährleisten, dass ihre Vorschläge unterschiedliche Gesichtspunkte berücksichtigen. Teilweise richten sich die Anhörungen speziell an Experten oder betroffene Interessensgruppen. In vielen Fällen ist jedoch auch die breite Öffentlichkeit aufgefordert, Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse dieser Anhörungen werden in zusammengefasster Form veröffentlicht. Einen zentralen Zugang bietet das Internetportal ec.europa.eu/yourvoice
- Die Vertretungen der Europäischen Kommission, das Europäische Parlament und viele andere Einrichtungen führen auch in den Regionen immer wieder Veranstaltungen und andere Aktionen zu unterschiedlichen EU-Themen durch. Sie stellen eine Gelegenheit dar, sich zu informieren und in die Diskussion über europäische Fragen einzubringen. Einen zentralen Veranstaltungskalender für Deutschland findet man unter www.eu-klick.de und www.europatermine.de
- Der Lissabonner Vertrag gibt Bürgerinnen und Bürgern erstmals die Möglichkeit, die Europäische Kommission aufzufordern, einen Vorschlag zu einem bestimmten Thema vorzulegen. Dabei muss es sich um eine Frage handeln, bei der die Kommission befugt ist, Vorschläge zu machen. Die Bürgerinitiative muss von mindestens einer Million EU-Bürgern aus mehreren Mitgliedstaaten unterschrieben werden.

Wichtig für den europäischen Einigungsprozess sind in jedem Fall Menschen, die sich vor Ort engagieren. Zum Zweck der europäischen Einigung hat sich beispielsweise die Europaunion, in der auch ich Mitglied bin, gegründet -

vielleicht ist sie Dir bereits bekannt. Die Europa-Union Baden-Württemberg (eine Untergliederung der Europa-Union Deutschland) ist eine überparteiliche Bürgerbewegung im europaweiten Netzwerk der Union Europäischer Föderalisten (UEF), die sich seit mehr als 60 Jahren für ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand einsetzt. Derzeit ist die Europaunion mit 27 Kreisverbänden in Baden-Württemberg engagiert. Die Europa-Union greift europäische Themen auf und veranstaltet hierzu im Zusammenwirken mit den Bürgerinnen und Bürgern Vortragsabende, Diskussionsforen, Kongresse, Verbands- und Fachseminare. Sie ist Ansprechpartner der Bürger und vertritt die europapolitischen Interessen in den Parlamenten und bei den Regierungen. Sie informiert die Öffentlichkeit auf Kundgebungen und bei Straßenaktionen über europäische Entwicklungen und Perspektiven und veranstaltet Informationsreisen zu den europäischen Einrichtungen in Brüssel, Straßburg und Luxemburg. Außerdem fördert sie durch kulturelle Veranstaltungen und Reisen in andere europäische Länder den Kontakt zwischen den Bürgern Europas und das Verständnis für andere Völker und Kulturen. Ich bin überzeugt, dass viele engagierte Menschen in der Europaunion oder in Kooperation mit der Europaunion im europäischen Einigungsprozess einiges bewegen können.

In diesem Zusammenhang ist auch das **Europa-Zentrum Baden-Württemberg** ein guter Partner für Bürgerinnen und Bürgern, denen die europäische Integration ein Anliegen ist. Das Europa Zentrum Baden-Württemberg e.V. als Akademie für Europafragen in Baden-Württemberg ist eine überparteiliche und unabhängige Serviceeinrichtung der Politikvermittlung. Durch Veranstaltungen informiert das Europa Zentrum gemeinsam mit deutschen und europäischen Partnern über den Prozess des europäischen Einigungswerks. Es agiert als Partner von baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich europabezogen engagieren und es ist Ansprechpartner für Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Bildung, Politik, Wirtschaft und Kultur. Ziel des Europa-Zentrums ist die Förderung der europäischen Einigung durch ständige Information, Dokumentation und Erarbeitung von Zukunftsperspektiven im Rahmen der Jugend- und Erwachsenenbildung über die politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen des europäischen Einigungspro-

zesses. Das Europa Zentrum Baden-Württemberg ist in mehreren Projekten engagiert, die unmittelbar oder mittelbar dazu beitragen, die europabezogene Informations- und Bildungsarbeit als Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg ständig zu verbessern und zu erweitern.

(Kontakt: Europa Zentrum Baden-Württemberg e.V.

Ina Rubbert

Nadlerstr.4 (Europahaus) 70173 Stuttgart

Tel. 0711/236 2373 Fax: 0711/234 9368

Mail: ina.rubbert@europa-zentrum.de

www.europa-zentrum.de)

Weitere EU-Kontakte für Bürgerinnen und Bürger sind beispielsweise die **Informations-Büros des Europäischen Parlaments** und die **Vertretungen der Europäischen Kommission**. Sie sind für alle Bürger und Bürgerinnen, für die Kommunen und andere öffentliche Stellen, für Verbände und für die Medien Anlaufstellen für Fragen rund um die Europäische Union. Die Vertretungen der Europäischen Kommission in Deutschland befinden sich in Berlin, Bonn und München. Durch Veranstaltungen und andere Informationsmaßnahmen sowie als Pressestelle der Kommission fördern sie eine informierte Debatte über europäische Fragen.

(Vertretung in Deutschland:

Unter den Linden 78 10117 Berlin

Tel. 030/2280-0 Fax: 030/2280-2222

www.eu-kommission.de

Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu)

Die **Europe Direct-Informationszentren** sind ein Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der EU vor Ort. Sie geben Informationen, Rat und Antworten auf Fragen über die Rechte der Unionsbürger im EU-Binnenmarkt, die EU-Institutionen, politische Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten. Durch Veranstaltungen und die Bereitstellung von Informationsmaterialien helfen sie die Debatte über die Europäische Union zu fördern. In Deutschland bestehen 58 Europe Direct-Informationszentren, davon sieben in Baden-Württemberg. Auch mit Hilfe dieser Europe Direct- Informationszentren lässt sich sicherlich vor Ort vieles im Sinne des europäischen Gedanken auf die Beine stellen.

Zur Stärkung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls ist meines Erachtens auch der Austausch auf kommunaler Ebene von enormer Bedeutung, wie er z.B. im Rahmen von

Städtefreundschaften stattfindet. Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs haben – das ist bekannt - Städtepartnerschaften den Weg für die europäische Einigung gebahnt. Noch heute sind Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden ein lebendiger Ausdruck der Völkerverständigung und Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Daher unterstützt die EU Bürgerbegegnungen und die langfristige Zusammenarbeit von Partnerstädten im Rahmen ihres Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger.“

(Kontaktstelle Deutschland:

„Europa für Bürgerinnen und Bürger“

c/o Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Weberstr. 59a 53113 Bonn

Tel. 0228/20167-21 Fax: 0228/20167-32

Mail: info@kontaktstelle-efbb.de

www.kontaktstelle-efbb.de)

Auch halte ich eine stärkere Thematisierung europäischer Themen auf nationaler Ebene sowie vor allem durch mehr europäische Themen in den Wahlprogrammen der Parteien für sinnvoll. Dies hätte zur Folge, dass die Wähler sich leichter eine Meinung zur Europapolitik bilden könnten und dass sie nationale Wahlen aber insbesondere auch die Wahlen des Europäischen Parlaments als wichtiges Votum auf dem Weg zur repräsentativeren Vertretung erkennen.

Lieber Wolfram, ich hoffe, ich konnte Dir meine Meinung zum Thema darlegen, wünsche Deinem und Eurem Engagement viel Erfolg und verbleibe für heute erst einmal

mit besten Grüßen

Peter

28.02.2012

Gastkommentar für die Europaausgabe des Roten Seehas von Evelyne Gebhardt, MdEP

Europa steht mitten in Turbulenzen, Turbulenzen die verunsichern und zum Nachdenken anregen.

Doch stellen wir dabei die richtigen Fragen?

Alle Welt redet von Finanzen, der Schuldenkrise, von Geldbeträgen im Milliardenbereich, von Rettungsschirmen und Krisenpipfeln. Das

ist richtig und wichtig. Dabei dürfen wir eines nicht vergessen: Europa ist viel mehr als das. Wir müssen darauf achten, dass dabei der Sinn für all die positiven Errungenschaften, die für uns mit der EU verbunden sind, nicht verloren geht. Produktsicherheit und freier Warenverkehr, dass wir alle uns frei in der gesamten EU ohne Grenzen bewegen können, Auslandsstipendien für Studierende und Auszubildende und nicht zu vergessen das Leben in Frieden seit nun mehr als 60 Jahren!

In dieser turbulenten Zeit kommt eine Diskussion wieder auf, die ich nur begrüßen kann: Was ist und wohin geht Europa? Die institutionelle und ideelle Verfasstheit Europas ist wieder zum Thema geworden und die Frage was für ein Europa wir wollen, wird endlich wieder diskutiert. Wollen wir ein Europa der Einzelstaaten, die allein ihre eigenen Interessen verfolgen, oder ein Europa das vereint und solidarisch ist, das die Europäische Idee verfolgt und nicht maßgeblich vom Ausgleich nationaler Egoismen bestimmt wird. Wollen wir ein Europa, das eine große Freihandelszone ist, wie es offensichtlich die Liberalen und konservativen Kräfte bevorzugen, oder wollen wir ein Europa, das sich zu einer politischen Union entwickelt mit der dazu gehörigen Wertegemeinschaft. Für mich und die Sozialdemokratie kann nur letzteres das Ziel sein. Ein Europa der Bürger und Bürgerinnen.

Schon 1925 im Heidelberger Programm verankerte die SPD die Forderung nach einer "Europäischen Lösung". Bereits damals forderten wir Sozialdemokraten die vereinigten Staaten von Europa, ganz in der Tradition der Internationalität, denn nur gemeinsam sind wir stark.

Damit ist für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ganz klar definiert, dass nur ein Europa der Bürger und Bürgerinnen in Frage kommen kann und nicht ein Europa der nationalen Politiker, Beamten oder der Eliten. Ein Europa der Bürger und Bürgerinnen ist in Ansätzen im Lissabon Vertrag angedeutet, allerdings in einem viel zu geringen Ausmaß. Unser Europa muss auf fünf maßgeblichen Säulen stehen: Demokratie, Gerechtigkeit, soziale Verantwortung und soziale Marktwirtschaft, dem Europa des Friedens und der Bürgerrechte. Dies möchte ich nun etwas weiter ausführen.

Demokratie

Ein demokratisches und insbesondere demokratischeres Europa als heute bedeutet in erster Linie eine Stärkung des Parlamentes gegenüber der Kommission und dem Ministerrat. Eine Stärkung der direkt gewählten Volksvertreter und Volksvertreterinnen. Das Europäische Parlament muss die Drehscheibe und wichtigste Quelle europäischer Rechtssetzung sein. Das Parlament muss auf Vorschlag der größten Fraktion die Europäische Kommission wählen und die Kommission somit zu einer europäischen Regierung werden lassen, wie man es aus den Nationalstaaten kennt. Der Ministerrat als Vertretung der Nationalstaaten kann und muss als eine Art Bundesrat den Einfluss der Nationalstaaten wahren. Dies klingt utopisch, doch ohne Menschen die aus Visionen durch ihre Überzeugung und Beharrlichkeit echte Alternativen formten, gab es noch nie Fortschritt und Innovation, weder in Wirtschaft oder Technik noch in der Politik und auch nicht in der Gesellschaft.

Damit dieses Parlament allerdings auch von den Bürgerinnen und Bürgerinnen ernst genommen wird, brauchen wir auch eine tiefgreifende Reform des Europa- Wahlrechts und eine Europäisierung des Wahlkampfes.

Wie wäre es, wenn wir uns bei den 2014 stattfindenden Europawahlen auf den Weg machen und eine europäische Liste mit Kandidaten und Kandidatinnen aus ganz Europa aufstellen über die zumindest ein Teil der Abgeordneten gewählt werden würde? Europäische Listen könnten den Startschuss für paneuropäische Wahlkampagnen geben.

Wie wäre es, wenn, wie von den politischen Parteien auf europäischer Ebene vorgebracht, der Spitzenkandidat der Europäischen Listen, sogleich der Kandidat oder die Kandidatin für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission sein würde? Damit würden die Bürger und Bürgerinnen Europas erstmalig direkt an der Wahl des Kommissionspräsidenten beteiligt sein und diese Position nicht mehr von den Regierungschefs ausgekugelt werden.

Wie wäre es, wenn die weiteren Kandidaten und Kandidatinnen für die Besetzung der Europäischen Kommission demokratisch legitimiert durch die nationalen Parlamente und öffentliche Beteiligung dem Europäischen Parlament vorgeschlagen würden?

Wären solche Reformen nicht eine gute Grundlage auf dem Weg zu einer europäischen Regierung und einer neuen europäischen Verfassung sowie einer europäischen Öffentlichkeit?

Ich bin sehr gespannt auf eure Reaktionen und eure Vorschläge!

Zur Demokratie gehört naturgemäß auch Transparenz. Ich bin stolz behaupten zu können, dass schon heute das Europäische Parlament das transparenteste überhaupt ist. Während der Bundestag gerade darüber streitet, ob er in Zukunft öffentliche Ausschusssitzungen abhalten soll, kann man in Straßburg und Brüssel jede Ausschusssitzung und jede Plenartagung online im Internet direkt verfolgen.

Zur Demokratie gehört aber auch, dass sich die Bürger und Bürgerinnen an der Gestaltung der Politik beteiligen können. Eine Möglichkeit wurde im Lissabon-Vertrag implementiert. Ab dem 1. April 2012 haben die europäischen Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit, über eine europäische Bürgerinitiative zu bewirken, dass sich die [Europäische Kommission](#) mit einem bestimmten Thema befassen muss. Es handelt sich um das erste transnationale Instrument direkter Demokratie überhaupt. Auch das gemeinsame grenzüberschreitende Agieren der Bürger und Bürgerinnen wird längerfristig dazu beitragen, die Entwicklung einer [europäischen Öffentlichkeit](#) zu befördern.

Die Entscheidungsfindung der Europäischen Kommission ist ebenfalls transparenter geworden und viele Konsultationen sind im Internet zu verfolgen, dennoch bestehen hier großer Optimierungs- und Handlungsbedarf. Wie europäische Gesetze zustande kommen, muss für die Bürger klarer ersichtlich sein und sie müssen in den Prozess der Entscheidungsfindung besser einbezogen und besser darüber informiert werden.

Gerechtigkeit und soziales Europa

Um den Wohlstand in Europa für die Zukunft zu sichern und gleichzeitig eine gerechte, von Chancengleichheit geprägte Gesellschaft zu erreichen, müssen wir die Grundlage unseres Wohlstandes, die soziale Marktwirtschaft, wiederbeleben. Viel zu sehr waren die letzten beiden Jahrzehnte vom Neoliberalismus geprägt. Wir müssen uns darauf zurückbesinnen, wie wir unseren Wohlstand erreicht haben.

Einhergehend mit den fatalen Folgen des Marktliberalismus ist in den letzten Jahren der Unterschied zwischen Arm und Reich immer weiter gestiegen, obwohl die Wirtschaft, zumindest in Deutschland, weiter wuchs und Rekordgewinne erzielte. An diesen Gewinnen müssen die Beschäftigten teilhaben, für eine gerechtere Verteilung der Erträge aber auch um den Binnenmarkt zu stärken und die Kaufkraft der Menschen zu erhöhen. Dies ist sowohl eine nationale als auch eine europäische Aufgabe. Es ist empörend, dass ausgerechnet das reichste Land noch keinen Mindestlohn kennt mit dem sichergestellt wird, dass die Menschen von ihrem Lohn auch leben können.

Ein soziales Europa zu verwirklichen bedeutet solidarisch zu handeln auch dann, wenn es Staaten der EU sind, die in Not geraten. Das Soziale Europa muss bestrebt sein, bestehende Unterschiede innerhalb der EU in Lebensqualität und Lebensstandard zu beseitigen und allen Unionsbürgern die Möglichkeit zu geben, von der Einheit zu profitieren. Dazu sind insbesondere auch europäische Bildungsprogramme von Nöten, die die Ausbildung und insbesondere auch Sprachausbildung in den Einzelstaaten fördern. Zum einen kann dadurch die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit erhöht werden und zum anderen wird der Austausch zwischen den einzelnen Staaten erleichtert und damit die Herausbildung einer europäischen Identität begünstigt und befördert.

Ohne eine europäische Öffentlichkeit und eine europäische Identität wird es auf Dauer schwierig werden, die Einheit Europas zu vertiefen. Viele Staaten sind da schon wesentlich weiter als Deutschland. Europäische Themen spielen in Frankreich, Rumänien oder Italien eine viel größere Rolle in den Medien als in der Bundesrepublik und das Zugehörigkeitsgefühl zu einem "Gemeinwesen Europa" ist in diesen Ländern wesentlich stärker ausgeprägt.

Frieden und Bürgerrechte

Neben dem demokratischen und sozialen Europa stehen das Europa der Bürgerrechte und das des Friedens. Der Europäischen Union kommt die Rolle zu, für die Einhaltung und Ausweitung der Bürgerrechte zu sorgen. Die Beispiele Ungarn und Italien zeigen, dass die Gewährung von Bürgerechten auch in der Europäischen Union keineswegs selbstverständlich ist. Diese zu fördern und zu fordern muss aber selbstverständlich sein. Gerade die Euro-

päische Volkspartei (EVP), in der die CDU/CSU die größte Gruppe stellt und in der sowohl Orbans "Fidesz" als auch Berlusconi's Partei "Volk der Freiheit" Mitglieder sind, hat hier kläglich versagt. Solange die EVP nicht den Willen aufbringt sich von diesem autoritären Geist zu befreien, kann es immer wieder passieren, dass die Bürgerrechte in Gefahr geraten. Daher brauchen wir eine übergeordnete Instanz, die die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte kontrolliert und garantiert, diese Instanz kann nur die EU und insbesondere der Europäische Gerichtshof sein. In Nordafrika und der arabischen Welt kämpfen die Menschen für die Rechte, die wir seit langem genießen. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese mitten in Europa in Frage gestellt werden. Vielmehr ist es die Aufgabe der Europäischen Union, diese Rechte auch weltweit zu fördern und, insbesondere von wichtigen Handelspartnern, auch zu fordern.

Neben der Wahrung der Bürgerrechte kommt der EU die Aufgabe zu, den Frieden in und um Europa zu bewahren und zu schaffen. Ein Europa im Frieden ist die wohl größte politische Erfolgsgeschichte aller Zeiten. Dieses Beispiel in die Welt zu tragen und herauszustellen ist von größter Bedeutung. Europa muss auch geeint sein, um einen friedlichen Gegenpol zu Staaten wie Amerika oder China zu bilden, deren Absichten nicht immer friedlicher Natur sind. Europa muss geeint am Tisch der Weltmächte sitzen, natürlich auch um seine eigenen Interessen zu wahren, maßgeblich sollte es allerdings darum gehen, den Frieden und die Verbreitung der Menschen- und Bürgerrechte zu fördern. Dies lässt sich durchaus auch über Handel und Wirtschaftsbeziehungen erreichen, allerdings nur, wenn Europa wirtschaftlich stark ist und nach außen mit einer Stimme spricht. Die nationalen Egoisten mögen für den Moment den einzelnen Staaten einen Vorteil beschern, sie werden auf lange Sicht aber den Einigungsprozess unterminieren und damit die Bedeutung und den Wohlstand jedes einzelnen in Frage stellen. Nur gemeinsam und geeint kann Europa noch in zehn Jahren am Tisch der einflussreichen Staaten sitzen. Auch Deutschland als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land hat allein nicht die Kapazitäten, um den aufstrebenden BRIC Staaten in Zukunft tatsächlich etwas entgegenzusetzen. Auch diese langfristigen Überlegungen müssen unser Handeln leiten und die schiere Vernunft müsste die unwilligen Staaten und insbeson-

dere auch die Konservativen dazu bringen, den Einigungsprozess zu unterstützen und zu beschleunigen. Nur gemeinsam sind wir stark und nur gemeinsam können wir Europäer und Europäerinnen unser Erfolgsmodell bewahren und vertiefen. Für die nächsten Generationen und für die Geltung der Menschen- und Bürgerrechte in Europa und der ganzen Welt.

Ohne Europa werden wir keine Zukunft in Wohlstand und Einigkeit haben, schon 1849 sagte Victor Hugo, „ein Tag wird kommen, an dem alle Nationen dieses Kontinents ohne ihre besonderen Eigenheiten oder ihre ruhmreiche Individualität einzubüßen, sich eng zu einer höheren Gemeinschaft zusammenschließen und die große europäische Bruderschaft begründen werden. Ein Tag wird kommen, an dem es keine anderen Schlachtfelder mehr geben wird als die Märkte, die sich dem Handel öffnen, und der Geist, der sich den Ideen öffnet. Ein Tag wird kommen, wo die Kugeln und Bomben durch Stimmzettel ersetzt werden.“ Lasst uns alle gemeinsam dafür streiten, dass diese Vision Realität bleibt.

Die Vereinigung Europas zu einem großen Gemeinwesen, den Vereinigten Staaten, ist und bleibt mein Ziel und ich hoffe dabei auf Ihre/Deine Unterstützung.

26.03.2012

Evelyne Gebhardt, MdEP

Kommentar zu:

Wolfram Klaars Aufruf

s. Sonderausgabe Europa vom 30.01.2012

Hallo Wolfram,

ich finde deinen Vorschlag gut, allerdings sollten wir uns vorher Gedanken machen, welche konkreten Forderungen wir stellen. Sind wir für Eurobonds, für den unlimitierten Kauf von italienischen Anleihen, für den Ausschluss von Ländern, die die Finanztransaktionssteuer nicht einführen, für ein europäisches Finanzministerium oder dagegen?

Ich meine, nur gegen die Börsenspekulanten, etc. zu demonstrieren ist nicht zielgerichtet genug. Realistischerweise werden vor Weihnachten, wenn nichts dramatisches passiert auch vor dem 02. Januar aufgrund der Feiertage die Menschen andere Prioritäten setzen,

als zu demonstrieren.

Am 11. Januar planen wir unsere Veranstaltung mit Martin Gerster (MdB) im Alder in Ailingen "Eurobonds" etc. Das wäre doch ein guter Aufhänger um breit für eine Diskussion zu werben und sich Gedanken zu machen, was man konkret unternehmen kann?

Grüße,

Dieter Stauber

dieter.stauber@online.de

Anmerkung der Redaktion:

Die Veranstaltung mit MdB Gerster fand wegen Terminverschiebungen des Referenten nicht statt.

Antwort Wolfram Klaars zu obiger Mail

Lieber Dieter,

Erst mal: Ich freue mich sehr, dass Du Dich zu dem Thema zu Wort gemeldet hast.

Zum Zweiten: Deine Antwort zeigt einmal mehr, wie schwierig Kommunikation ist, in dem Fall, sich anderen verständlich zu machen. Lass mich versuchen, mit etwas anderen Worten darzustellen, um was es mir geht.

Die europäische Vereinigung, d.h. das Zusammenwachsen Europas zu einem politisch handlungsfähigen Gebilde mit Freizügigkeit für seine Bürger und mit demokratisch legitimierten Organen hat für mich, wie in meiner Mail vom 22.11. dargestellt, sehr hohe emotionale Priorität. Es treibt mich die Sorge um, dass das Erreichte und dieser Traum, den insbesondere meine Generation schon so lange träumt, zunehmend vor die Hunde geht, und wir alle zusehen, als ginge uns das fast nichts an. Die Finanzkrise scheint mir nur ein weiterer, wenn auch besonders großer Nagel zum Sarg dieser Idee. Die Rede von Helmut Schmidt auf dem Parteitag hat die historische Dimension dieses Vorhabens "Vereintes Europa" auf wunderbare Weise herausgearbeitet und bewusst gemacht.

Die Leute von Occupy beschäftigen sich quasi weltweit mit der Finanzwirtschaft und der durch sie verursachten Finanzkrise. Sie haben dafür meine größte Bewunderung. Aber das ist eine andere Baustelle. Uns Europäer bedroht diese Krise doppelt, weil sie nicht nur unsere Finanzen ruiniert, sondern auch den noch schwankenden Neubau des Vereinten Europa.

Mein gedanklicher Ansatz ist nun:

1. Wenn es so viele Menschen gibt, die wegen der Fehlentwicklung der Finanzindustrie sich zu spontanem, handgreiflichem (aber gewaltfreiem) Protest entschließen und diesen so lange durchhalten und damit tatsächlich erreichen, dass das Thema heiß diskutiert auf der Agenda bleibt, hoffentlich bis eine Lösung gefunden ist, dann bekommt der "Druck der Straße" eine neue Dimension und Bedeutung. Er wird eine Art Machtfaktor.

2. Das Thema Europa wäre es ohne Zweifel wert, dass die "Straße" sich seiner auf ähnliche Weise annimmt. Wenn es gelänge, in den Städten Europas Tausende Demonstranten zu mobilisieren, die ihre Unzufriedenheit über den Zustand und die Entwicklung unseres Europa nachdrücklich zum Ausdruck bringen, dann würde das bei den politischen Akteuren nicht ohne Wirkung bleiben. Es entstünde verstärkter Handlungs- und Rechtfertigungsdruck bei den politischen Führern Europas, die ja bisher vorwiegend nach innenpolitischen Opportunitäten und im Interesse des eigenen Machterhalts agieren.

Die Parallele zur Finanzwirtschaft: Eine bedrohliche Fehlentwicklung wird von unseren gewählten Politikern aus Opportunismus nicht angemessen angegangen und bereinigt. Eine intelligente und engagierte Öffentlichkeit erzeugt Druck, um die Dinge auf den richtigen Weg zu bringen.

Ich denke, es gibt in den Völkern Europas und ihren Eliten eine wachsende Zahl von Leuten, die erkennen, dass es für uns Europäer keinen vergleichbar sinnvollen Weg in die Zukunft gibt als eben diesen Europäischen, und die vielleicht bereit sind, sich dafür zu engagieren und sogar auf die Straße zu gehen. Ergo: Man muss diese Menschen mobilisieren. Es bedarf einer Massenbewegung und des Drucks der Straße, damit sich das politische Europa in die richtige Richtung bewegt.

Nun ist das natürlich viel Glaube und Hoffnung. Vielleicht sind es zu wenige, die so denken und fühlen wie ich. Gewiss kann man nicht mal eben so eine Volksbewegung aus dem Boden stampfen. Aber wenn niemand sich rührt, passiert garantiert überhaupt nichts. Vielleicht gibt es Internet-Foren, die man zur Mobilisierung nutzen könnte. Gewiss erwarte ich von niemandem, dass er oder sie jetzt vor

Weihnachten mal eben schnell für Europa oder gegen die Finanzkrise demonstrieren geht.

Ich wünsche Dir und den Deinen Frohe Weihnachten und einen guten Start ins Neue Jahr
22.12.2011

Wolfram Klaar



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

"Her mit der Quote für Aufsichtsräte und Vorstände"

**Evelyne Gebhardt über das Scheitern
der Selbstverpflichtung deutscher
Unternehmen zur Erhöhung der
Frauenquote in Führungspositionen**

"Die Zahlen der neuen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über Frauen in Führungspositionen sind alarmierend. Danach liegt Deutschland weit abgeschlagen an letzter Stelle. Nicht einmal vier Prozent der Vorstandsposten sind in Deutschland mit einer Frau besetzt", so die Europapolitikerin **Evelyne Gebhardt** und fügt hinzu: "Da sich in Deutschland und in Europa praktisch nichts bewegt, kündigt EU-Kommissarin Viviane Reding zum wiederholten Mal an eine gesetzliche Regelung für die Einführung von Quoten bei Unternehmen in der Europäischen Union anzugehen."

"Das Spielchen kennen wir schon", meint **Evelyne Gebhardt**, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) "In schöner Regelmäßigkeit droht Frau Reding mit dem Zeigefinger, was in Deutschland jedes Mal Frauenbinderungsministerin Schröder auf den Plan ruft an die Selbstverpflichtung der Unternehmen zu appellieren.

"Frau Reding kann sich das Warten auf das Ende der Konsultationsfrist am 28. Mai 2012 zur Einführung einer längst überfälligen Frauenquote sparen und sollte endlich den Worten

Taten folgen lassen und dem Europäischen Parlament einen Gesetzesentwurf vorlegen", fordert Evelyne Gebhardt. "Die Selbstverpflichtung war von Beginn an zum Scheitern verurteilt."

Tatsächlich hat aber nur ein einziges deutsches Unternehmen aus Tübingen überhaupt die von der Europäischen Kommission vorformulierte und im Internet bereitgestellte Selbstverpflichtung unterschrieben.

Frauenpolitikerin Evelyne Gebhardt: " Auch in Deutschland muss sich endlich etwas bewegen. Die Bundesregierung zementiert in Deutschland die gläserne Decke für Frauen und verharrt in der gleichstellungspolitischen Steinzeit."

Künzelsau, den 7. März 2012
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Intransparente Derivate endlich an die Leine gelegt"

**EP setzt weiteren Baustein für
nachhaltige Finanzmarktarchitektur**

In seiner heutigen Plenarsitzung in Brüssel hat das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit den außerbörslichen Handel mit Derivaten reguliert. "Damit haben wir eine weitere wichtige Konsequenz aus der Krise gezogen. Jetzt ist Schluss damit, dass diese oft hochriskanten Finanzgeschäfte im Umfang von zig Billionen Euro einfach an den Aufsichtsbehörden und den regulierenden Handelsplätzen vorbeilaufen. Diese Geschäfte im Dunkeln haben geradewegs in die Krise geführt", betont der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**.

Derivate sind Finanzinstrumente, mit welchen Anleger auf die Entwicklung von Preisen, Kursen oder Indizes wetten. Sie haben dann eine sinnvolle Funktion im Finanzsystem, wenn sie z.B. Unternehmen zur Absicherung gegen Preis- und Wechselkursrisiken dienen, werden aber häufig auch als reines Spekulationsinstrument genutzt. Zudem ist das Derivategeschäft oft undurchsichtig:

"Durch den überwiegend außerbörslichen Handel der Derivate, welcher rund 80% des Gesamtvolumens ausmacht, fehlte bislang jegli-

che Kenntnis über die Risiken für die Finanzmarktstabilität. Das konnte im Krisenfall wie ein Brandbeschleuniger wirken und die Unsicherheit auf den Finanzmärkten steigern. Eine Unzulänglichkeit, die jetzt endlich behoben ist. Intransparentem Handel, bei dem weder Käufer noch Verkäufer irgendeiner Kontrolle unterliegen, ist jetzt ein Riegel vorgeschoben. In Zukunft müssen alle außerbörslichen Derivategeschäfte an die zuständigen Aufsichtsbehörden gemeldet werden. Damit wird Licht in das Derivatendickicht gebracht und die Aufsichtsbehörden werden in die Lage versetzt, auf Marktmissbrauch frühzeitiger reagieren zu können. Das schafft mehr Transparenz und mehr Stabilität", unterstreicht das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

Brüssel, 29.03.2012 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Mehr direkte Demokratie - Bürgerinnen und Bürger können Europa aktiv mitgestalten"

Europäische Bürgerinitiative startet am 1. April

Ab dem 1. April können sich die EU-Bürgerinnen und Bürger direkt an der Gestaltung der europäischen Politik beteiligen, denn dann tritt die im Lissabonvertrag beschlossene "Europäische Bürgerinitiative" in Kraft. "Jetzt haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Europäische Kommission dazu auffordern, zu einem bestimmten Thema einen Gesetzesvorschlag vorzulegen", begrüßt der baden-württembergische Europaabgeordnete **Peter SIMON** die Europäische Bürgerinitiative.

EU-Bürger können vom 1. April an durch das Sammeln von mehr als einer Million Stimmen, d.h. 0,2% der ca. 502 Mio. Europäerinnen und Europäer, die aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten (derzeit also sieben) kommen müssen, die Kommission dazu auffordern, einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten. Dabei ist egal zu welchem Thema die Initiative eingebracht wird, solange sie in den Kompetenzbereich der Kommission fällt. Pro beteiligtes Mitgliedsland muss eine gewisse Mindestzahl (in Deutschland 74.250) die Initiative danach unterzeichnen. Das kann entweder auf klassi-

sche Art und Weise per Unterschrift oder per Online-Verfahren erfolgen. "Wichtig ist, dass die geplante Initiative weder offenkundig missbräuchlich, unseriös oder schikanös sein und auch nicht gegen die Werte der Union wie z. B. die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, verstoßen darf. Solchen Initiativen wird ein Riegel vorgeschoben", betont **Peter SIMON**. Erfüllt die Initiative die notwendigen Anforderungen und wird sie von mehr als einer Million Bürgern unterzeichnet, entscheidet die Kommission ob sie ein Gesetzgebungsverfahren in Gang setzt. "Das EU-Parlament hatte sich in den Verhandlungen für eine einfache Ausgestaltung der Initiative mit möglichst geringen Hürden eingesetzt. Unser Ziel war es ein wirklich praktikables Instrument für mehr direkte Demokratie zu schaffen. Das ist uns gelungen", unterstreicht **Peter SIMON**. Beispielsweise wurde auf Druck des Parlaments die Mindestzahl der Länder von einem Drittel auf ein Viertel der EU Mitgliedstaaten gesenkt.

Die Initiative soll Debatten auf europäischer Ebene fördern und länderübergreifend politische Organe und Bürger zusammenbringen. Deshalb werden auch alle laufenden Initiativen und deren Status transparent auf der Webseite der Kommission einzusehen sein. "Die Europäische Kommission muss aber auch offen und konstruktiv auf eine erfolgreiche Bürgerinitiative reagieren, sonst fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht ernst genommen und der Schuss geht nach hinten los", fordert **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 30.03.2012 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

„Europa hier bei mir“:

Hamburger Schülerzeitung gewinnt EU-Sonderpreis

Für ihre Titelstory zur europäischen Staatsschuldenkrise hat die Schülerzeitung „Der Goaner“ des Hamburger Gymnasiums Oberalster den Preis „Europa hier bei mir“ bekommen. Die Schüler hatten die Entstehung der Krise erläutert und ihren jugendlichen Lesern erklärt, mit welchen Problemen die einzelnen Länder, aber auch Europa als Ganzes, derzeit zu kämpfen haben. Mit dem Sonderpreis würdigt die EU Schülerzeitungen, die sich mit dem

Einfluss europäischer Entscheidungen im Alltag ihrer Leser beschäftigen.

„Europa hier bei mir“ ist Teil des deutschlandweiten Schülerzeitungswettbewerbes und wird in diesem Jahr zum dritten Mal vergeben. Die Preisverleihung findet am 10. Mai im Bundesrat statt.

Europa Aktuell Nr. 03-2012

„*Juvenes Translatores*“:

Europaweit über 3.000 Schulen beteiligt

Der jährlich stattfindende Schülerwettbewerb „*Juvenes Translatores*“ („Junge Übersetzer“) erfreut sich wachsender Beliebtheit. Der Wettbewerb richtet sich an 17-jährige Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen. Die Jugendlichen sollen einen Text aus einer der 23 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen, wobei sie die Kombination frei wählen können. Die 17-jährige Sara Kredel vom Goethe-Gymnasium in Bensheim (Hessen) ist in diesem Jahr die deutsche Gewinnerin.

Sie beeindruckte die Jury mit einer Übersetzung vom Ungarischen ins Deutsche. EU-weit nahmen über 3.000 Schulen teil. Durch diesen Wettbewerb sollen die Schülerinnen und Schüler ermutigt werden, sich intensiver mit Fremdsprachen zu beschäftigen und sich zu überlegen, ob sie ihre Sprachkenntnisse später im Berufsleben nutzen könnten.

Europa Aktuell Nr. 03-2012

Eine "alternative Troika" für Griechenland

Griechenland kann aufatmen - so hieß es in der Presse nach der Einigung über einen Schuldenschnitt. Mit diesem Schritt ist der Weg für das zweite Griechenland-Hilfspaket über 130 Milliarden Euro frei. Wir SozialdemokratInnen im EP unterstützen natürlich diesen Schritt, doch: Weitere müssen folgen!

Zwei Seiten einer Medaille

Um aus der Krise zu kommen, muss aus unserer Sicht der Wachstums-Aspekt stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Einseitige Sparpolitik hilft den Menschen in Griechenland (und auch der dortigen Wirtschaft) nicht weiter. Mittlerweile haben auch andere dies eingesehen, sie handeln aber noch nicht da-

nach. So betreibt die "Troika" aus EU-Kommission, EZB und IWF weiter einseitige Sparpolitik. Impulse für Wachstum und Beschäftigung fehlen leider. Eine echte Perspektive bekommt Griechenland so nicht aufgezeigt.

Als Europaabgeordnete sind wir auch aus einem anderen Grund unglücklich mit der Troika: Diese muss sich nicht vor dem Parlament verantworten, ihr fehlt die demokratische Legitimation. An den Menschen und ihren gewählten VertreterInnen vorbei werden sich die Probleme aber nicht lösen lassen.

Alternative Troika

Dies hat uns SozialdemokratInnen im EP dazu veranlasst, eine eigene Troika einzuberufen. Die Abgeordneten Robert Goebbels (Luxemburg), Elisa Ferreira (Portugal) und Ivailo Kalfin (Bulgarien) waren vom 6.-8. März in Athen, um sich vor Ort zu informieren. Sie führten Gespräche mit griechischen Politikern, Sozialpartnern, Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Es wurde deutlich, dass Griechenland unter einer beispiellosen Rezession leidet, die durch prozyklische Maßnahmen wie Gehaltskürzungen und Steuererhöhungen verstärkt wird. Die griechische Arbeitslosigkeit hat sich von 7,8% (2010) auf 23% verdreifacht, bei den Jugendlichen ist fast jeder Zweite ohne Arbeit. Zudem leidet die griechische Wirtschaft unter einer Kreditklemme; aus Angst, Griechenland könne aus der Euro-Zone austreten, haben Anleger drei Viertel der Bankeinlagen abgezogen und größtenteils ins Ausland transferiert, seit 2008 rund 70 Mrd. Euro.

Wachstumsimpulse gegen Rezession

Um Griechenland aus dieser verheerenden Krise zu führen, fordern wir SozialdemokratInnen endlich echte Wachstumsimpulse. Dazu gehören Investitionen in Schlüsselsektoren wie erneuerbare Energien, pharmazeutische Industrie, Schifffahrt und Tourismus. Auch müssen die Liquidität und die Kreditvergabe an KMUs sichergestellt werden. Wir möchten auch, dass bestehende EU-Programme für die Schaffung von Jobs, besonders für Jugendliche, eingesetzt werden. Weiterhin fordern wir eine Reform des griechischen Steuersystems, v.a. zur effizienteren Erhebung der Abgaben. Dies sind nur einige Forderungen, um Griechenland eine Perspektive zu geben. Unsere alternative Troika wird, mit Unterstützung des Wirtschaftsweisen Peter Bofinger und EU Task Force-Chef

Horst Reichenbach weiter an konkreten Vorschlägen für Wachstum und Beschäftigung
Kerstin Westphal und Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP
in: SPD_Bayern NWL März 2012

Europa - Wissen

Quelle: Wikipedia

Reform des Wahlrechts:

Debatte verschoben

Das Europäische Parlament hat kurzfristig die Debatte zur Reform des Europawahlrechts von der Tagesordnung genommen. Eigentlich hätte in Straßburg über die Vorschläge des Parlaments zu möglichen Änderungen abgestimmt werden sollen.

Europawahlen sollen keine Nationalwahlen sein

Grundsätzlich ist das Wahlrecht reformbedürftig - wir SozialdemokratInnen wollen auf lange Sicht einen europäischen Wahlkampf, statt 27 Einzelwahlkämpfe. Schließlich soll es bei der Europawahl um Europa gehen, und nicht um 27 innenpolitische Auseinandersetzungen oder um die Abstrafung ungeliebter nationaler Regierungen. Ein Schritt in diese Richtung wäre die Einführung von europaweiten Wahllisten – in Ergänzung zu den jeweiligen nationalen Listen in den Mitgliedstaaten. So könnte man grenzübergreifende, wirklich europäische Debatten führen. Und die Europawahl würde endlich den Stellenwert bekommen, der ihr zusteht. In dem Entwurf, der jetzt von der Tagesordnung genommen wurde, war die Rede von einer europäischen ("transnationalen") Liste mit 25 Personen.

Konservative blockieren Beratungen

Leider haben vor allem deutsche Konservative aus CDU und CSU möglichen Reformen vorläufig einen Riegel vorgeschoben. Und das, obwohl das Parlament schon mehrfach Änderungen bei den Europawahlen gefordert hat - jetzt, wo wir Abgeordnete dank des Lissabon-Vertrags die Kompetenz dazu haben, Vorschläge für die Zusammensetzung des Parlaments zu machen, blockieren die Konservativen jede Weiterentwicklung.

Kerstin Westphal, MdEP
in: SPD_Bayern NWL März 2012

4. Sprachen

Mehr als 90 Prozent der Einwohner Europas sprechen indogermanische Sprachen. Am weitesten verbreitet sind slawische, germanische und romanische Sprachen. Daneben zählen auch Griechisch, Albanisch, die baltischen und keltischen Sprachen sowie das Romani der Sinti und Roma zu dieser Sprachfamilie.

Die uralischen Sprachen stellen die zweitgrößte Sprachfamilie Europas dar. Sie unterteilen sich weiter in die samojedischen Sprachen, die von einigen wenigen Tausend Menschen im äußersten Nordosten Europas gesprochen werden, und in die finno-ugrischen Sprachen. Hierzu zählen vor allem Finnisch, Ungarisch, Estnisch als Amtssprachen, ferner die in Lappland gesprochenen samischen Sprachen und einige Minderheitensprachen, vor allem in Russland.

Im europäischen Teil der Türkei ist mit Türkisch eine Turksprache Amts- und Titularsprache, ebenso Kasachisch im europäischen Teil Kasachstans. Andere Turksprachen kommen als Minderheitensprachen in Ost- und Südosteuropa vor, so etwa das Gagausische und das Tatarische. Mit Kalmückisch wird am Ostrand des Kontinents auch ein Vertreter der mongolischen Sprachfamilie in Europa gesprochen.

Mit Maltesisch ist auf der Insel Malta zudem eine Sprache des semitischen Zweigs der afroasiatischen Sprachen vertreten. Die in Spanien und Frankreich gesprochene baskische Sprache wird keiner größeren Sprachfamilie zugeordnet, ihr Ursprung konnte durch die moderne Sprachwissenschaft nicht rekonstruiert werden und ist nach wie vor unbekannt. Darüber hinaus werden heute in Europa zahlreiche weitere Sprachen aus anderen Sprachfamilien gesprochen, die durch Einwanderer in jüngerer Zeit hierher gelangt sind.

Bezogen auf die Zahl der Bewohner ist in Europa das lateinische Alphabet am gebräuchlichsten, gefolgt von dem kyrillischen Alphabet (in Russland, Weißrussland, der Ukraine, Bulgarien, Serbien, Montenegro, Mazedonien und Teilen Bosniens und der Herzegowina) und dem griechischen Alphabet. Die lateinische Sprache hat durch die römisch-katholische Kirche bis in die Neuzeit als Schrift des Kontinents überleben können.

Israel – Naher Osten – und doch auch europäisch?

Geografisch zählt Palästina von dem Israel einen Teil darstellt, nicht zu Europa. Als eines der Zentren der drei Weltreligionen, gehört die Region zu den Ursprüngen Europas und der Kultur des Abendlandes. Deshalb gelten Reisen in diese „Weltgegend“ für Europäer zu ihrem Bildungsgut.

Eine Februar-Reise in den Nahen Osten (Teil I) - Bethlehem

Schon der Vormittag hat es für die Reisegruppe aus Oberschwaben in sich. Zuerst besichtigt man die Synagoge im renommierten Hadassah-Medical Center in Jerusalem mit seinen 12 wunderschönen Glasfenstern von Marc Chagall, die die Geschichte der 12 Stämme Israels illustrieren. Dann folgt ein Besuch in **Yad Vashem**, dem großen Museum zur **Shoa** während des 2. Weltkrieges in Europa. Da wären viele noch länger geblieben und hätten auf den Termin im jüdischen Nationalmuseum unweit der Knesset, dem Parlamentsgebäude des Staates Israel, gerne verzichtet! Im Mittelpunkt dieses Termins steht nämlich lediglich die Betrachtung einer großen Freiluft-Rekonstruktion über die Ausmaße und die bauliche Struktur der Stadt Jerusalem zur Römerzeit vor 2 000 Jahren. Das National-Museum ist 1965 auf Initiative des Bürgermeisters Teddy Kollek gebaut worden.

Dann bewegt sich der Bus am Mittag bei sonnigem Wetter auf die über **8 Meter hohe Sperrmauer** aus Stahlbeton zu, die Jerusalem/Israel von den palästinensischen Autonomiegebieten und damit von der **Stadt Bethlehem** (etwa 22 000 Einwohner) trennt. Die Stadt mit ihren 2 Universitäten besteht eigentlich aus 3 größeren Stadtgebieten: Bethlehem, Beit Shala und Beit Sahur. Bürgermeister ist der Katholik und pensionierte Arzt Victor Batareseh. Über die hässliche Sperrmauer haben sich vor zwei Jahren auch die katholischen Bischöfe aus Deutschland bei einer Nahost-Reise empört. Sie nützt Israel fast nichts und schadet den Menschen in Westjordanien in aggressiver Weise.

Bevor die Reisegruppe vor dem Parkplatz am Checkpoint ankommt, muss die Reiseleiterin, die Deutsch-Israelin Inge den Bus verlassen, weil sie in Westjordanien ihrer Arbeit nicht nachgehen darf. Der Touristenbus wird von den Soldaten/innen durchgewunken, und die Deutsch-Palästinensische Reiseleiterin Monika steigt in den Bus, um mit ihren Erklärungen zu beginnen. Übrigens:

Beide Reise-Begleiterinnen halten sich an die political correctness, also an den Standpunkt zum Nahostkonflikt, den man von ihnen jeweils erwartet, im israelischen Staatsgebiet bzw. im „Staatsgebiet“ der Palästinenser. Der Beschluss der UNO-Vollversammlung im September 2011 ist ja im Weltsicherheitsrat durch das Veto der Westmächte hinfällig geworden. Palästina ist aber jetzt in der UNESCO anerkannter autonomer Mitgliedstaat. Bethlehem hat über **30 Partnerstädte** in der Welt, darunter Straßburg und Köln.

Was in Betlehem auffällt, ist zum Einen die große Firmenvertretung von Mercedes in der Stadt. Hier fährt man gerne Mercedes, wenn man sich so ein Auto leisten kann, während in Jerusalem und in anderen Städten in Israel eher der BMW das Straßenbild beherrscht. Im Arabischen heißt das Wörtchen „**mar**“ heilig, manche sprechen sogar vom „**Mercedes**“, im Schwäbischen gibt es ja ein „heiligs Blechle“. Was noch auffällt, ist der geniale Baustil der Häuser. Die **Hausfassaden** sind viel dynamischer und schmucker als in Mitteleuropa. Was ist das „palästinensische **Bausparen**“? Man bewohnt erstmal eine Höhle (die Wüste ist nicht weit) und hängt vor der Höhle die Wäsche auf. Der Verfasser dieser Zeilen hat selber zwei größere Höhlen in Betlehem besichtigen können. Dann wird gebaut, wenn man das Geld beieinander hat. Hat man während der Bauphase kein Geld, dann wird eben nicht gebaut, und wenn es mehrere Monate oder gar Jahre dauert. Auffällig ist dies etwa in der Nachbarschaft des „Holy Family Hotel“ gleich bei der großen Omnibus-Tiefgarage unweit der Geburtskirche. Araber bauen immer 3 Stockwerke, im Sinne einer Großfamilie: Im Erdgeschoss wohnen die Eltern, in den oberen Stockwerken die erwachsen gewordenen Kinder und die Enkel. Zwiespältig ist das Echo in der Reisegruppe auf die Wahrnehmung von Swimming Pools bei neuen Wohnhäusern im Stadtteil „Hirtenfeld“ vor dem Hintergrund der Trinkwasserknappheit, zudem die israelische Regierung in maßgeblicher Weise beiträgt.

Liegt es nur daran, dass Kinder keine Möglichkeit haben, am Mittelmeer oder im Toten Meer zu baden?

Bei so einer Reise bekommt man nicht viel mit von Spannungen zwischen einzelnen Gruppen. Auf der einen Seite gibt es in Bethlehem bzw. in ganz Westjordanien ein wachsendes soziales Gefälle zwischen gut situierten christlichen Einwohnern und der Mehrheit der ärmeren, muslimischen Bevölkerung. Auf der anderen Seite wächst in den palästinensischen Autonomiegebieten der extreme Islamismus. Zwischen den Bevölkerungsgruppen gibt es dennoch viele individuelle, ja freundschaftliche Beziehungen oder gar ehelich/familiäre Verbindungen. Manche Palästinenser haben Möglichkeiten, bei Arbeitgebern in Israel beschäftigt zu sein und so zu einem bescheidenen Erwerbseinkommen zu gelangen. Die arabische Wasserpfeife sorgt für einen heftigen Hustenanfall!

Bei der Geburtskirche angekommen, muss die Reisegruppe erst einmal fast 1 Stunde warten (im Stau), bis sie treppenabwärts zur Geburtsgrötte mit dem berühmten Stern vordringen kann. Die Reihenfolge zwischen den einzelnen Besuchergruppen ist streng reglementiert. An Weihnachten ist selbstverständlich der Besucher- und Pilgerstrom wesentlich größer. Jede christliche Konfession hat ähnlich wie in der Grabeskirche in Jerusalem eine eigene diplomatische Vertretung beim Herrgott, also eine eigene Unterkirche oder Kapelle, die von den anderen Konfessionen nicht genutzt werden darf. Erst Ende Dezember 2011 sind Geistliche verschiedener Ostkirchen sogar mit Besenstielen aufeinander losgegangen, weil sie während des Kirchenputzes an einander geraten sind und man eifersüchtig darüber wacht, dass eine andere Konfession nicht das eigene Territorium missbraucht. Wer muss die Streithähne dann wieder befrieden? Na, die Polizei der Palästinenser. Auf Youtube kann man die Kämpfe mit dem Besenstiel in Film-Aufnahmen betrachten.....

Ein gewisser Höhepunkt der ganzen Reise war die über einstündige Unterredung der Reisegruppe mit dem palästinensischen Vertreter der evangelischen Gemeinde in Bethlehem in der Abraham-Herberge, einem Gemeindezentrum nahe der Sperrmauer, das sich auch als Übernachtungs- und Versorgungsstation bei einem mehrtägigen Aufenthalt empfiehlt. www.abrahams-herberge.com

Es war während der ganzen Reisetage die einzige Gelegenheit, über die aktuelle Situation im Nahen Osten bzw. im Heiligen Land mit einem unmittelbar Betroffenen in einem angenehmen Sitzkreis zu diskutieren, über eine Stunde lang. Danke, Monika. Der Förderverein Abrahams Herberge in Beit Shala organisiert mehrere Projekte, eine Sozialstation, den „Friedensweg“, ein Flüchtlingslager und eine Schuleinrichtung (ein Jungen-Heim) für über 50 männliche Kinder, teilweise ohne Eltern (Waisenkinder) oder aus zerrütteten Familienverhältnissen. In der Nachbarschaft lädt ein großer Laden zum Kauf von großen Weihnachtskrippen, von allerlei Schmuck, von Bildern, Rosenkränzen und Kreuz-Figuren in allen denkbaren Variationen ein. Wer in arabische Siedlungen kommt und durch die engen Gassen geht, wird sehr oft von Straßenhändlern um den Kauf von Souvenirs - bisweilen in hartnäckiger Art und Weise - gebeten.

Wer von Bethlehem ausreisen will, um sich in einem anderen Land niederzulassen oder um zu studieren, braucht erstens viel Geld und genügend Geduld für umständliche bürokratische Barrieren von Seiten der Besatzungsmacht Israel. Zweitens kann man nur über den Queen-Alia-International-Airport in Amman/Jordanien ins Ausland abreisen, als Palästinenser. Der Flughafen ist nach der früheren jordanischen Königin Alya Bahà ad-Din Tuquan benannt, der dritten Ehefrau von König Hussein, die bei einem Hubschrauberabsturz tödlich verunglückte.

Vor 4 Jahren war Betlehem Gastgeber der größten jemals im Westjordanland einberufenen Wirtschaftskonferenz, an der über tausend Experten aus der Wirtschaft, von Banken, aus Regierungsbehörden teilgenommen haben. 2010 hat es eine Folgekonferenz gegeben, die Palestine Investment Conference. Um Ostern 2012 wird der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Platzeck nach Bethlehem kommen, um mit palästinensischen Behördenvertretern über die Realisierung eines neuen Abwasser-Klärungssystems im Westjordanland zu verhandeln. www.pic-palestine.ps Ein anderes großes Problem ist die nicht geregelte Entsorgung des anfallenden Mülls in den Städten und Siedlungen. Man wird der vielen Plastikflaschen und Plastiktüten am Straßenrand und auf den Wiesen nicht mehr Herr!

Nach diesen Eindrücken und Begegnungen fährt die Reisegruppe wieder durch den Check-

point inmitten der Sperrmauer, vom nahen Wachturm beobachtet, nach Norden, zurück nach Jerusalem, wo sich im südlichsten Stadtteil das Kibbutz-Hotel Ramat Rachel befindet. Hier vertiefen wir beim koscheren (!) Abendessen die Gedanken und Meinungen von der Diskussion in der Abrahams Herberge in Bethlehem.

W. Bernhard

Teil II: Der Aufenthalt in der Stadt Jerusalem

Teil III: Vom Toten Meer über den See Genezareth bis zu den Landesgrenzen zum Libanon und auf den Golanhöhen nach Syrien

Teil IV: Nochmals aktuelle Betrachtungen zum ungelösten Nahostkonflikt

Eine Nahostreise Teil II Stadt Jerusalem

Was bleibt einem Reisebeobachter von einer „Reise nach Jerusalem“ am Nachhaltigsten emotional in Erinnerung? Es ist auf jeden Fall das „**children memorial**“ in Yad Vashem, der großen Holocaust-Gedenkstätte. Es ist den 1,5 Millionen Kindern gewidmet, die während des 2. Weltkrieges im Auftrag deutscher Verbrecher und ihrer Helfershelfer umgebracht wurden. 1987 entstanden, gestiftet von Abe und Edita Spiegel (aus Beverly Hills/USA), deren Sohn Uziel im Alter von 2 ½ Jahren in Auschwitz ermordet worden ist. Ein paar in der Reisegruppe aus Oberschwaben wollten sich ihre Reisestimmung durch Yad Vashem nicht „vermiesen“ lassen.....? Man steigt eine Treppe hinunter und gelangt in einen großen unterirdischen Raum, in dem sich die Flammen von 5 Kerzen an aufgestellten Glasspiegeln unzählige Male spiegeln. Eine Stimme trägt die Namen, ihr Alter und den Geburtsort von diesen jüngsten Opfern des Nazi-Terrors vor. Eine besondere Würdigung gilt Janusz Korczak, dessen Wirken mit einer besonders plastischen Skulptur dargestellt wird. Gegenstände, Spielzeug, was die Kinder vor dem Gang in die Gaskammer hinterlassen mussten, sind hautnahe „Stolpersteine“ für das Gewissen der Generationen, die im 21. Jahrhundert leben. Wer Geschichte nicht kennen will, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen, sagte einmal Berthold Brecht.



Am Morgen vor diesem Besuch hat die Reisegruppe nach dem Frühstück im Kibbutz-Hotel direkt am Nordufer des Sees Genezareth den Bus bestiegen. Der Fahrer Salim, ein muslimischer Israeli, und die Reiseleiterin Inge, führen die Oberschwaben zunächst durch das Jordan-Becken der Grenze nach Jordanien entlang bis zum Toten Meer. Am Nordwest-Ufer des Dead See steht die Besichtigung der Höhlen von Qumran auf dem Programm. Dort sind vor einigen Jahrzehnten zufällig (von einem Hirtenjungen) die Schriftrollen der ältesten Bibelschriften gefunden worden. Wir sind wieder mal in der Wüste. Nach diesem Termin passieren wir den Checkpoint zur Westbank und fahren durch Palästinensergebiet, da wo die Fatah, nicht die Hamaz das Sagen hat. Viel landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, kleine Siedlungen. Wir nähern uns vom Osten her der Stadt Jerusalem. Die östlichen Vororte von Jerusalem gehören zu Westjordanien (!), unübersehbar sind die Wohnhäuser jüdischer Siedler oben auf den Hügeln, bevor man die Skyline von Jerusalem wahrnimmt!

Erste Besichtigungsstation: Der Ölberg, von dem wir einen tollen Rundblick auf die alte Stadtmauer von Jerusalem und auf das Kidrontal davor sowie auf die Grabstätten vieler tausend beerdigter Israelis am Hang darunter haben. Dann wieder rein in den Bus, der uns in die Altstadt bringt. Wir besichtigen die Grabeskirche mit ihren vielen Grotten, Unter- und Nebenkirchen. Die Tour führt uns die enge via dolorosa hinauf, vorbei an vielen Straßenhändlern und Coffeeshops. Einige Pilgergruppen führen größere Holzkreuze mit sich. Ziel ist der Tempelberg, mit der Klagemauer bzw. der Westmauer des großen Tempels, den die Römer 70.n.Chr. geschleift haben. An diesem Reisetag begegnet man am „Festtag der Soldatinnen und Soldaten“ in Israel vielen jungen Frauen und Männern in Soldatuniform und vielen Schülergruppen, die zusammen mit den Soldaten die Nationalhymne Israels absingen. An der Klagemauer stehen und beten jüdische Männer auf einem großen Platz. Alle müssen

eine Kippa oder sonst eine Kopfbedeckung aufhaben. Mädchen und Frauen dürfen auch an der Klagemauer beten, für sie steht aber eine viel kleinere Stellfläche zur Verfügung (?). Wie in der Synagoge: Die meisten Sitzplätze haben die frommen Männer, viel weniger Plätze und durch eine Sichtbarriere abgetrennt der Bereich für die Frauen bei den Gebeten. Ein kritischer Blick gilt den orthodoxen männlichen Juden, die schon an ihrer schwarzen Kleidung (mit Hut und schwarzen Locken) zu erkennen sind und das Straßenbild in Jerusalem beherrschen. Sie bilden mit ihren kinderreichen Familien bald die Wählermehrheit in Israel, die das Parlament in der Knesset und die Regierung künftig politisch in Schach halten werden mit allen Konsequenzen für den Nahostkonflikt. Am Abreisetag gibt es laut Pressemeldungen auf dem Tempelberg Krawalle zwischen aufgebracht jungen Palästinensern und der israelischen Polizei, die mit Tränengas gegen die Menge vorgeht. Der Grund: Orthodoxe Juden mischen sich unter die Touristen, die den oberen Bereich des Tempelberges mit Felsendom und Al-Aqsa-Moschee besuchen wollen. Gläubigen Juden ist es vom israelischen Staat verboten, sich auf diesem Teil des Tempelberges hoch über der Klagemauer aufzuhalten und zu beten. Der Tempelberg ist für gläubige Muslime nach Mekka und Medina die dritt wichtigste Stätte im Islam, weil der Legende nach der Prophet Mohammed von hier aus in den Himmel gefahren ist. Wir verlassen den Tempelberg wieder und machen Station im großen Gebäude des Obersten Gerichtes im Staat Israel mit seiner Präsidentin Dorit Beinisch.

Dieses Verfassungsgericht genießt im Volk einen sehr guten Ruf, unbestechlich, gerecht in seinen Urteilen, unabhängig. Es hat während der Reise die jüdischen Orthodoxen gekränkt: ihre Befreiung vom Militärdienst ist aufgehoben worden! Sie haben viele Privilegien, dieses jetzt nicht mehr. Gut so! Jerusalem hat im Frühjahr 2012 770 000 Einwohner, die Stadt ist Sitz von 180 High-Tech-Unternehmen, mit etwa 12 000 Beschäftigten. Dennoch ist die Industrie in Jerusalem eher ein unbedeutender Produktivitätsfaktor. Am Schabbat-Wochentag verkehren von Freitagabend bis zum Samstag Abend keine Eisenbahnen und Busse, ähnlich übrigens wie in ganz Israel. In den Hotels gibt es einen extra Schabbat-Elevator. Wir waren übrigens auch am Jaffa-Tor, an dem Kaiser Wilhelm II. eigens die alte Stadtmauer hat durchbrechen lassen, damit er mit seiner Pfer-

dekutsche in die Altstadt einfahren konnte. Unübersehbar thront die große Hebräische Universität von Jerusalem über der Stadt.

Anteil jüdischer Einwohner 65% 465 000 jüd. Einw.	Anteil muslimische Einw. 32% 232 000 muslim. Einw.	Anteil christliche Einw. 2% arab.-christl. 123 000, sonst. 2500
---	---	---



Willy-Brandt-Center in Jerusalem

Im Bloomfield-Park bewundern die Besucher den Löwenbrunnen, gestaltet von dem Bildhauer Gernot Rumpf und seiner Frau, mit anmutigen Symbolen zur Geschichte der Stadt und des jüdischen Volkes. Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat den Brunnen bei seinem Israel-Besuch im Jahr 1984 als Geschenk an die Gastgeber überreicht. Und welche Sehenswürdigkeiten hat **Willy Brandt** 1973 bei seinem Besuch in Israel hinterlassen?

Keinen Brunnen. Es gibt in Jerusalem ein WBC, ein Willy-Brandt-Center, das direkt auf der grünen Linie, der ehemaligen Trennlinie zwischen Ost- und Westjerusalem, erbaut ist.

Am 9. April 1996 haben **Andrea Nahles** (für die deutschen Jusos), Ofer Dekel (Jugendorganisation der Israelischen Arbeiterpartei und Sabri Tomezi (Jugendverband der Palästinenser-Befreiungsbewegung Fatah) den Gründungsvertrag für das „**Willy-Brandt-Zentrum für Begegnung und Verständigung**“ unterzeichnet. Am 11. Todestag von Willy Brandt ist das Haus im Stadtteil Abu Tor feierlich eröffnet worden. Das Haus hat zwei Etagen, einen größeren Empfangs- und Seminarraum, mit Küche, Gartenterrasse. Es hat früher dem Vize-

bürgermeister Meron Benvenisiti gehört, der zusammen mit Teddy Kollek in den 70er Jahren Kommunalpolitik in der Stadt Jerusalem gemacht hat.

W.Bernhard

Shelly Achimowitsch, neue Vorsitzende der Sozialdemokraten in Israel

Sie ist nach der Abspaltung des konservativen Flügels um den amtierenden Verteidigungsminister Ehud Barak (der war bisher Parteivorsitzender) seit September 2011 neue Parteivorsitzende der AVODA, also der Arbeitspartei, die der Sozialistischen Internationale angehört. Die 51jährige Knessetabgeordnete will das Thema der sozialen Ungerechtigkeit stärker in die politische Agenda einbringen nach den Massenprotesten vieler junger Familien im letzten Sommer. Dies soll auch der Parteiarbeit zu einem neuen Schwung verhelfen. Was den Nahostkonflikt angeht, setzt sie sich für die Anerkennung eines eigenen Palästinenserstaates ein, durch die Regierung von Israel! Ihre Wahl zur neuen Vorsitzenden erfolgte durch eine Urwahl unter den 66 310 Parteimitgliedern, von denen sich 61,6 Prozent an der Stichwahl zu den verbliebenen Kandidaten Achimowitsch und ihrem Kontrahenten Amir Peretz beteiligten. Dies ist der Agentur Israelnetz zu entnehmen.

Bei den letzten Parlamentswahlen errang die AWODA-Partei 13 Sitze bei insgesamt 120 Knesset-Abgeordneten. Es gibt eine 2-Prozent-Hürde bei dem Verhältniswahlssystem in Israel.

Stimmen 2009	in Prozent:	Stimmen 2006	In Prozent:	Sitze 2006	Sitze in der Knesset
334 900 für AWODA	9,93 %	472 366 für AWODA	15,06 %	19 Sitze	AWODA

Es gibt in Israel noch ein paar linke Splitterparteien wie die Balad-Partei (3 Sitze in der Knesset 2009), die Meretz-Jachad-Partei (auch 3 Sitze), die kommunistische Partei Chadasch(4 Sitze)

Quelle: wikipedia

Allgemein leidet der Staat Israel unter ungünstigen finanzpolitischen Perspektiven für die nächsten Jahre, wie die Reiseleiterin Inge einräumt. Die USA sind nicht mehr so großzügig in der Subventions-Politik gegenüber Israel wie in den früheren Jahrzehnten. Der Staat investiert 10 Millionen Shekel (5 Millionen Eu-

ro) in bis zu 2 000 Hektar neuer Solarfläche. Außerdem will man mehr Erdgas fördern. Der Anteil erneuerbarer Energieträger soll auf 20 Prozent angehoben werden. Ein Windatlas soll mögliche Standorte für Windkraftanlagen generieren. Ein anderes Problem: **Das Wasservorkommen**. Alle zwei Jahre beraten israelische Experten und Behördenvertreter/innen mit ausländischen Fachleuten in Tel Aviv. Es geht um Entsalzungstechnik, um Abwassermanagement, Recycling. Ende des Jahres 2011 waren 155.000 Personen in Israel als erwerbslos gemeldet. Israel ist weltweit unter den führenden Ländern in elektronischer und medizinischer Ausrüstung sowie in der Diamantenverarbeitung. Jährlich erhält Israel 3 Mrd. US-Dollar von den USA mit Schwerpunkt militärische Ausrüstung.

W.Bernhard

Die Symbole der EU



1. Europaflagge

Die [Europaflagge](#) zeigt einen Kranz aus zwölf goldenen fünfzackigen Sternen auf azurblauem Hintergrund. Ihre Zahl symbolisiert nicht die Anzahl der Mitgliedstaaten, sondern soll „Vollkommenheit, Vollständigkeit und Einheit“ ausdrücken. Die Flagge wurde vom Europarat seit 1955, von der EG seit 1985 als offizielles Emblem gebraucht.

2. Europatag

Der [Europatag](#) soll mit Veranstaltungen und Werbung an den [Schuman-Plan](#) vom 9. Mai 1950 erinnern, der heute als Grundstein der europäischen Einigung gilt. Auf dem Rat von Mailand 1985 wurde beschlossen, zur Erinnerung an dieses Ereignis jährlich den Europatag der Europäischen Union zu begehen, an dem nun seit 1986 zahlreiche Veranstaltungen und Festlichkeiten stattfinden. Daneben feiert der Europarat seit 1964 einen eigenen Europatag: Dieser ist jedoch vier Tage früher und erinnert an die Gründung dieser Institution am 5. Mai 1949.

3. Europamotto

Das [Europamotto](#) ist der Leitspruch In Vielfalt geeint, der die gemeinsame, aber national unterschiedliche europäische Identität zum Ausdruck bringen soll. Er wurde 2000 im Zuge eines Wettbewerbs unter Schülern aus 15 europäischen Staaten ausgewählt.

Quelle:

http://de.wikipedia.org/wiki/Symbole_der_Europ%C3%A4ischen_Union

Impressum

Herausgeber:

**SPD Bodenseekreis,
Kreisvorsitzender Adnan Sabah**

ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Wolfram Klaar:

weklaar@t-online.de

Dieter Stauber:

dieter.stauber@online.de

**Evelyne Gebhardt, MdEP:
Europa Aktuell:**

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP:

wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu

Kerstin Westphal, MdEP:

kerstin.westphal@europarl.europa.eu

Wikipedia – Europa:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Europa>

Wikipedia – Symbole- Europa:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Symbole der Europ%C3%A4ischen Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Symbole_der_Europ%C3%A4ischen_Union)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de